

werden noch Titel von 1997 genannt, spätestens ab Erscheinungsjahr 1994 fehlen jedoch wichtige Neuerscheinungen. Die Literaturübersicht ist so nicht, wie der Hrsg. will, „eine Auswahl des Vorrangigen“ (S. 5), sondern eine über weite Strecken beliebige Zusammenstellung.

Insgesamt führt die Nichteinbeziehung polnischsprachiger Literatur (s. Anmerkungsapparat zu den einzelnen Beiträgen) dazu, daß über weite Strecken nur deutschsprachige Forschungen in die Darstellung einfließen und eine deutsche Version der Landesgeschichte geboten wird. Augenfällig wird dies z.B. im kulturgeschichtlichen Teil, wo nichtdeutschsprachige Schriftsteller durchweg fehlen. Kein Platz ist so für den Masuren M. Gerss oder die kaschubischen Schriftsteller F. Ceynowa und J. H. Derdowski. Dagegen sind zweit- oder dritrangige deutschsprachige Schriftsteller durchaus der Erwähnung wert.

Weitere Desiderata können nur schlagwortartig benannt werden: Das Kaschubenproblem wird gestreift (S. 135), ohne Benennung auch nur der Basisliteratur. Eine an exponierter Stelle aufgestellte These wie die vom „kleinen Volk“ der Kaschuben (S. 4) verlangt nach einer Analyse. Nicht behandelt wird die Frage der regionalen Volkskultur, die für die Städte verheerenden Cholera- und Typhusepidemien bleiben unerwähnt, und schließlich werden der deutsch-polnische Konflikt und die Probleme der wechselseitigen Akkulturation und Assimilation rein statistisch-statistisch vorgestellt. Diese Lücken sind nicht unbedingt eine Folge des begrenzten Umfanges des Handbuchs, denn anderswo kommt es bei Personen und Ereignissen zu mehrfachen Überschneidungen: So wird Theodor von Schön breit in dem Beitrag von Obenaus, weiterhin aber auch auf S. 169 und 194 jeweils mit Lebensdaten (einmal 1771–1856, ein zweites Mal 1772–1856) genannt (tatsächlich 1773–1856). Mehrfach wird das antipolnische Ansiedlungsgesetz erwähnt (S. 68, 80), nicht jedoch das „Enteignungsgesetz“ von 1908. Unklar ist, was den Hrsg. dazu bewog, über vier Seiten Biogramme der Oberpräsidenten nach 1878 aufzunehmen (S. 56–58, 65–66).

So erscheinen die Schwerpunktsetzungen in der Darstellung vielfach fragwürdig; Überschneidungen und Wiederholungen hätten vermieden werden können. Unerklärlich ist das Fehlen eines Personen- und Ortsregisters. Insgesamt wird – mit Ausnahme des Beitrags von Karp – weder der formale Anspruch eines Handbuchs erfüllt noch die Chance einer die nationalen Grenzen überschreitenden Landesgeschichte genutzt.

Warschau/Warszawa

Hans-Jürgen Bömelburg

Andreas Purkl: Die Lettlandpolitik der Weimarer Republik. Studien zu den deutsch-lettischen Beziehungen der Zwischenkriegszeit. (Arbeiten zur Geschichte Osteuropas, Bd. 4.) LIT Verlag. Münster 1997. 357 S. (DM 59,80.)

Im geschichtswissenschaftlichen Diskurs hat man sich angewöhnt, die politische Entwicklung bis hin zur Okkupation und Annexion der baltischen Staaten durch die Sowjetunion im Jahre 1940 vorwiegend im Kontext nationalsozialistischer und stalinistischer Expansionspolitik zu betrachten, ohne die Epoche zwischen 1918 und 1933 als deren Vorgeschichte zu begreifen. Überhaupt ist sehr viel geschrieben worden über die Entstehungsgeschichte und den Untergang der baltischen Staaten, aber über die Baltikumpolitik der Weimarer Republik wußten wir bislang nur wenig. Andreas Purkl hat mit seiner Dissertation nicht nur diese Wissenslücke geschlossen, sondern er hat darüber hinaus einen neuen Blick auf die Geschichte eröffnet, indem er zwischen Kaiserreich, Weimarer Republik und NS-Deutschland hinsichtlich der Ostmitteleuropapolitik mehr Kontinuitäten als Brüche aufzeigen kann (siehe vor allem S. 286).

Besonders verdienstvoll ist das umfassende und intensive Quellenstudium. Für die Weimarer Zeit wurden die einschlägigen Akten des Politischen Archivs des Auswärti-

gen Amtes in Bonn sowie des Staatlichen Geschichtsarchivs Lettlands (Latvijas Valsts Vēstures Arhīvs) in Riga ausgewertet. Die überwiegende Zahl der Fußnoten bezieht sich auf Nachweise aus den Dokumenten dieser Archive. Außerdem wurden die veröffentlichten deutschen, englischen, amerikanischen, französischen, italienischen und sowjetischen Quellen und Dokumente zur Außenpolitik eingesehen.

Der Vf. setzt an bei der Vorgeschichte der lettischen Staatsgründung und der deutschen Besatzungspolitik in den Jahren des Ersten Weltkrieges sowie in den darauf folgenden Kämpfen gegen die Rote Armee, die in der lettischen Geschichtsschreibung „Freiheitskriege“ heißen. Im Anschluß daran wird die deutsche, englische, lettische und sowjetische Forschungsliteratur vorgestellt. Um die Einbettung der deutsch-lettischen Beziehungen in den gesamteuropäischen Zusammenhang zu gewährleisten, stellt der Vf. die deutsche Außenpolitik gegenüber allen Staaten des östlichen Europa und im Gegenzug dazu die lettische Außenpolitik gegenüber den Nachbarstaaten sowie Italien und den USA dar. Schließlich wird der Fortgang der deutsch-lettischen Beziehungen in sechs Perioden näher entfaltet. Die Untersuchung endet mit einer Zusammenfassung der Ergebnisse sowie mit einer völkerrechtlichen und philosophischen Beurteilung der deutschen Lettlandpolitik.

P. arbeitet heraus, daß die lettische Außenpolitik verschiedene Stadien durchlaufen hat (Bemühungen um eine Baltische Entente, Kontakte mit den Alliierten, deutsch-russische Orientierung, neutrale Friedenspolitik im Rahmen des Völkerbundes), während die deutsche Lettlandpolitik die ganze Zeit über nahezu konstant geblieben ist. Die Leitlinien der deutschen Politik waren bestimmt von dem Wunsch nach Revision der Versailler Ordnung, besonders im Hinblick auf die Grenzen Polens, und nach größtmöglicher Kooperation mit der ebenfalls international isolierten Sowjetunion. In diesem Spannungsfeld war Lettland nur Mittel zum Zweck, und zwar als Brücke zu Rußland und als Lieferant billiger Agrarprodukte. Außer in einer kurzen Phase in den späten 1920er Jahren hat Deutschland den neu entstandenen Staat niemals als gleichwertigen Partner und eigenständiges Subjekt der Geschichte anerkannt. Führende deutsche Kreise betrachteten die baltischen „Randstaaten“ als Bestandteile der sowjetischen Interessensphäre (S. 196). Währenddessen war man ängstlich besorgt, einen baltisch-finnischen Staatenbund unter polnischer Führung zu verhindern, der sich allerdings schon durch die polnische Okkupation des Wilna-Gebietes (9. Okt. 1920) von selbst erledigt hatte (S. 151). P. kommt zu dem Ergebnis, daß eine Stabilisierung der politischen Verhältnisse in Ostmitteleuropa nicht im Interesse des Deutschen Reiches gelegen habe, weil diese die Revisionsansprüche gegenüber Polen und Litauen (Memelfrage) vereitelt hätte (S. 194).

Dieses durch gründliches und unvoreingenommenes Quellenstudium gewonnene Gesamtbild der deutschen Lettlandpolitik ist nicht anders als destruktiv zu nennen. Es stellt in dieser Schärfe ein Novum in der bisherigen Forschungsliteratur dar. Der aus den Akten hervorgehende Eindruck sollte jedoch ergänzt werden durch die Berücksichtigung vieler privater und gesellschaftlicher Initiativen, die nicht zuletzt auf deutschbaltische Kontakte zurückgehen. Zu nennen wären hier in erster Linie die vielfältigen Bemühungen Paul Schiemanns, die auf einen Interessenausgleich zwischen Letten und Deutschen gerichtet waren. Anfang der 1920er Jahre konnte er in Zusammenarbeit mit baltischen Emigranten-Organisationen im Reich den Aufbau eines Informationsbüros in Berlin erreichen, das bis 1927 zu einer objektiven Berichterstattung über die baltischen Länder beigetragen hat. Der Vf. läßt diesen Aspekt zumindest kurz aufleuchten, wenn er auf den regen wissenschaftlichen und kulturellen Austausch in den späten 1920er Jahren eingeht (S. 229). Außerdem erhebt sich hinsichtlich der Ausgangsfrage nach dem Anteil der Weimarer Politik an der Katastrophe von 1940 (S. 1 f.) der Zweifel, ob denn eine noch so geniale und weitsichtige Ostpolitik der deutschen

Republik die Teilung Europas durch die deutsche und die russische Diktatur hätte verhindern können.

Bonn

Yvonne Luven

Robert-Jan van Pelt, Debórah Dwork: Auschwitz. Von 1270 bis heute. Aus dem Engl. von Klaus Rupprecht. Pendo Verlag, Zürich, München 1998. 470 S., 249 Abb., Ktn., 20 Taf. (DM 78,—.)

Nicht das Auschwitz des millionenfachen Massenmords steht im Zentrum der Studie, sondern vielmehr jenes Auschwitz (Oświęcim), das „einmal eine normale Stadt“ gewesen war. Was eine vielversprechende, die Forschung bereichernde Perspektivenverschiebung sein könnte, vermag jedoch nicht zu überzeugen, denn die Zusammenhänge von „Germanisierungspolitik“ und Judenmord bleiben unklar und wenig konkret. Entstanden ist ein im Umgang mit den Quellen bemerkenswert sorgloses, mit Landkarten und Fotografien zudem überreich bebildertes und recht oberflächliches Buch. In zwei großen Kapiteln, die die rätselhaften Titel tragen „Nostalgie und Erfüllung“ und „Ehrgeiz und Untergang“, wird detailfreudig vom „deutschen Drang nach Osten“ erzählt, der Auschwitz im Laufe von sieben Jahrhunderten wiederholt getroffen habe. Nicht nur die von einem auf Gewalt ausgerichteten deutschen Nationalcharakter ausgehende Interpretation irritiert. Ärgerlich ist auch die Fülle sachlicher Fehler, denn anders als die Vf. meinen, läßt sich nicht nachweisen, daß die Stadt 1270 „von Deutschen erbaut“ wurde. Auch wirkte sich die ausführlich dargestellte „Germanisierungspolitik“ Friedrichs II. nicht aus, denn Auschwitz war nie preußisches Territorium, sondern gehörte seit der ersten Teilung Polens (1772) bis 1918 zum Reich der Habsburger.

Als die Wehrmacht 1939 einmarschierte, lebten in der Stadt, in der die jüdische Kultur seit der Industrialisierung zu bemerkenswerter Blüte gekommen war, rund 6000 katholische und etwa 8000 jüdische polnische Bürger. Wirtschaftlich enteignet und sozial deklariert, waren die Juden nach den ersten Wochen des Besatzungsterrors ihrer kulturell und politisch führenden Rolle beraubt. Im Zuge des „deutschen Aufbaus“ hielten deutsche Beamte und Zivilisten Einzug. Die Errichtung der IG Farben-Werke löste schließlich die tiefste Umwälzung aus: Die Stadt wandelte sich im Rahmen industriegeleiteter Städtebaupolitik seit dem Frühjahr 1941 zum bevorzugten Ansiedlungsterrain für Volks- und Reichsdeutsche. Juden wurden deportiert, Polen zur Zwangsarbeit für die IG Farben-Werke herangezogen.

Von der gewaltsamen Umwandlung der Stadt ist jedoch kaum etwas zu erfahren. Hingegen wird die Baugeschichte des Lagers Birkenau am Ende der Studie eingehend dargestellt. Hier gelingt es den Vfn., wesentliche Zusammenhänge zwischen der Errichtung der Krematorien und den Etappen des Massenmords darzustellen. Ließ Jean-Claude Pressac in einer thematisch verwandten Untersuchung den Kontext der Holocaust-Forschung außer acht, betten die Vf. ihre Erkenntnisse in den Forschungszusammenhang ein. Man wünschte sich hierzu weitere Ausführungen und eingehende Erläuterungen, anders gesagt: Hier sollte der Schwerpunkt liegen.

Bochum

Sybille Steinbacher

Thomas Wunsch: Konziliarismus und Polen. Personen, Politik und Programme aus Polen zur Verfassungsfrage der Kirche in der Zeit der mittelalterlichen Reformkonzilien. (Konziliengeschichte, Reihe B: Untersuchungen.) Verlag Ferdinand Schöningh. Paderborn, München u. a. 1998. LXXVII, 405 S. (DM 128,—.)

Daß an den spätmittelalterlichen Konzilien von Pisa (1409), Konstanz (1414–1418) und Basel (1431–1449) hochrangige geistliche und weltliche Würdenträger aus Polen teilgenommen haben, ist gewiß keine neue Erkenntnis. Selbst fern von kirchen- oder geistesgeschichtlicher Forschung im engeren Sinne haben die dort ausgetragenen Aus-